

PRESSEMITTEILUNG

Rede Innenminister Lorenz Caffier 26./27. Sitzung des Landtages am 17./18. Oktober 2007

IM

Schwerin, 18.10.2007

Nummer: 133

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD „Demokratie schützen – NPD-Verbotsverfahren auf den Weg bringen“

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

der Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Prüfung eines erneuten NPD-Verbotsverfahren stößt bei der Landesregierung auf großes Verständnis. Denn auch wir sehen die Notwendigkeit, uns mit einer Partei auseinanderzusetzen,

die ein rassistisches Weltbild pflegt,

die in öffentlichen Reden demokratische Politiker als „Verbrecher“ oder „etablierte Volksbetrüger“ bezeichnet

die unlängst auf der Homepage ihres Landesverbandes Werbung für ein geschichtsklitterndes Werk über die Waffen-SS verbreitet hat

und nicht zuletzt

wegen ihrer engen personellen und organisatorischen Verflechtung mit der Neonazi-Szene unseres Landes.

Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Alexandrinestraße 1
19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-2003
Telefax: 0385 588-2971
E-Mail: presse@im.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de/im

V. i. S. d. P.: Marion Schlender

Der Rechtsstaat, unsere heutige Demokratie ist wehrhaft.

Und weil sie das ist, wird es nicht noch einmal einer Organisation – wie seinerzeit der NSDAP – gelingen, die Demokratie mit Hilfe ihres rechtlichen Instrumentariums zu beseitigen.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig und wichtig, immer wieder zu prüfen ob eine Partei, die wir völlig zu Recht als verfassungsfeindlich, fremdenfeindlich, demokratiefeindlich und daher extremistisch wahrnehmen, nach rechtsstaatlichen Prinzipien zu verbieten ist.

Dabei übersehen wir jedoch nicht, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes den politischen Parteien im demokratischen Wettstreit eine zentrale Rolle und damit auch einen besonderen Bestandsschutz zugemessen haben.

Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 18. März 2003 zum ersten NPD-Verbotsverfahren deutlich erläutert, ich zitiere aus dem Beschluss:

„Politische Parteien haben - im Vergleich zu Vereinigungen im Sinne von Art. 9 Abs. 1 GG - eine hervorgehobene Stellung in der verfassungsrechtlichen Ordnung des Grundgesetzes.

Sie werden in Art. 21 Abs. 1 GG als verfassungsrechtlich notwendig für die politische Willensbildung des Volkes anerkannt und stehen im Rang verfassungsrechtlicher Institutionen.“ Ende des Zitates.

Anrede,

hier wird deutlich, dass die demokratische Ordnung des Grundgesetzes politische Parteien für unverzichtbar hält. Dem entsprechend genießen politische Parteien das so

genannte Parteienprivileg. Das heißt im Wesentlichen, dass über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei gemäß Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz ausschließlich das Bundesverfassungsgericht entscheiden darf.

Ein Einschreiten anderer staatlicher Stellen gegen den Bestand einer politischen Partei ist damit ausgeschlossen. Aber dieses fordert der hier zur Abstimmung gestellte Antrag der beiden Regierungsfractionen auch nicht.

Anrede,

wir wollen, und wegen des sich häufenden aggressiven, kämpferischen Auftretens der NPD gegen unseren Rechtsstaat sind wir verpflichtet, einen neuen Verbotsantrag im Lichte der aktuellen Entwicklung zu prüfen.

Es gilt dabei vor allem herauszuarbeiten, ob die NPD aus einer aktiv-kämpferischen und aggressiven Grundhaltung heraus darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

Und da gibt es schon Reden und Äußerungen von führenden Köpfen dieser Partei und von Mitgliedern dieses Landtages, die meiner Überzeugung nach geeignet sein können, ein Verbot der NPD zu begründen.

Ich will dieses mit zwei Zitaten aus einer Rede des mecklenburg-vorpommerschen Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion, die dieser im Juni 2007 im brandenburgischen Rathenow gehalten hat und die der Norddeutsche Rundfunk dokumentierte, darstellen:

Anrede:

erstes Zitat,

ich zitiere:

„Und ich kann hier nur sagen und das wiederholen, was ich immer gesagt habe, von einer nationalen Opposition geht keine Gefahr für die Polizei aus, aber von uns und das ist auch gewollt, geht eine Gefahr für den Parteienstaat, dieses Konstrukt amerikanischer Siegermacht aus und das ist gut so.“

Endes des Zitates.

Anrede,

es folgt das zweites Zitat,

ich zitiere:

„... dann besteht darin auch die Verpflichtung, jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die für diese Ausplünderungspolitik unseres deutschen Volkes Verantwortung tragen und heute noch uns frech ins Gesicht grinsen.“

Ende des Zitates.

Anrede,

zwei Aussagen einer Rede, mit denen ein „Möchtegern-Führer“ aus den Reihen der NPD, sich wie ein Hassprediger gebärdend, einmal mehr die wirklichen Ziele dieser Partei offenbart hat.

Ich möchte noch einmal sehr deutlich das aktiv-kämpferische und aggressive Verhalten der NPD gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung herausstellen. Erlauben Sie mir bitte daher ein weiteres Mal den Vorsitzenden der Fraktion der NPD in diesem Landtag zu zitieren.

Diesmal zitiere ich aus einem von diesem unterzeichneten Antwortschreiben an einen Bürger, der sich mit einer Eingabe an die NPD gewandt hatte:

Ich zitiere:

„Ich sage, wir brauchen einen Volksaufstand gegen die ‚vermeintlich Anständigen‘, gegen die Hochverräter, die ihren Auftrag, den Erhalt des deutschen Volkes sicherzustellen, nicht nur sträflich vernachlässigen, sondern gezielt verhindern.“

Ende des Zitates.

Alle drei Zitate, mit denen die NPD von sich behauptet, dass von ihr eine Gefahr für den deutschen Rechtsstaat ausgeht,

sie aktiven Politikern der demokratischen Parteien droht und

vom NPD-Fraktionsvorsitzenden offen zum Volksaufstand aufgerufen wird,

bilden den Beginn eines Mosaiks.

Wir werden gemeinsam mit Bund und Ländern Steinchen für Steinchen – Argument für Argument – Zitat für Zitat – Sachverhalt für Sachverhalt dieses Mosaiks zusammentragen und bewerten.

Und am Ende, da bin ich sehr sicher, wird ein neuer Verbotsantrag stehen.

Das Zusammentragen der Argumente geschieht nicht allein durch unsere Sicherheitsbehörden. Denn in unserer freiheitlichen Demokratie ist es nämlich üblich, dass die freie, nicht durch den Staat gelenkte Presse sich solcher antidemokratischen Auswüchse annimmt und das rechtsextremistische Treiben der NPD und der Neo-Nazi-Szene nicht nur beobachtet sondern auch in Bild und Ton dokumentiert.

Wir werden ein neues Verbotsverfahren auch nicht überstürzen sondern werden das Mosaik sorgfältig und konsequent zusammenlegen.

Eine wehrhafte Demokratie zeichnet sich unter anderem auch dadurch aus, Hetztiraden extremistischer Parteien wie der NPD und der sie unterstützenden Kameradschaften eine Zeit lang auszuhalten.

Diese Geduld ist aber jetzt verbraucht.

Es ist Zeit, zu handeln.

Das von der NPD erträumte Staatsgebilde, dass einer Diktatur gleichkäme, würde diese Geduld mit ihrer Opposition gar nicht erst aufbringen.

Nein, die NPD, würde eine Opposition gar nicht erst zulassen, geschweige denn eine freie Presse.

Es mag ja angehen, dass die Abgeordneten der NPD hier im Landtag den Biedermann geben und dann außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern den Brandstifter spielen. Wenn Sie allerdings glauben, wir durchschauen Sie nicht, haben Sie sich geirrt.

Und wir werden alles daran setzen, dass auch die Menschen die Praktiken der NPD durchschauen werden, denen heute mit Hartz-IV-Sprechstunden und Kinderfesten eine Welt vorgegaukelt wird, die die NPD so offensichtlich nie Wirklichkeit werden lassen will.

Anrede,

wie die NPD die Geschichte pervertieren will, wurde uns am Montagabend durch den NDR nochmals deutlich vor Augen geführt. Angesichts der Demonstrationen gegen den rechtsextremistischen Szeneladen in Rostock stellt sich der

Vorsitzende der NPD Landtagsfraktion vor die Mikrofone und erzählt eher beiläufig, ich zitiere:

„Das erinnert an böse Zeiten, die es in unserem Land gegeben hat.“

Ende des Zitates.

Anrede,

mit diesem Vergleich wollen sich NPD und ihre Gefolgsleute auf eine Stufe mit den Opfern ihrer nationalsozialistischen Vorbilder stellen.

Sie verhöhnen damit die Millionen Opfer des Holocausts!

Eine dreistere Pervertierung der Geschichte habe ich von einem Mitglied eines deutschen Landtages noch nicht erlebt.

Ich schäme mich dafür.

Eine Entschuldigung für diese Infamie erwarte ich von Ihnen Herr Pastors nicht; sie wäre ohnehin nur eine weitere Beleidigung der Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

Anrede,

Spätestens mit einem neuen Verbotsverfahren werden wir Ihnen den Mantel des Biedermannes entreißen und jeder wird sehen, dass hinter der Fassade des „Kümmerns um die kleinen Leute“ nichts anderes steht als das Bestreben, unseren sozialen Rechtsstaat, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine neue, fremdenfeindliche, rückwärtsgewandte Diktatur zu ersetzen.

Anrede,

selbstverständlich ist vor der Einleitung weiterer Schritte aus Respekt vor der verfassungsrechtlichen Stellung von Parteien in unserem Staate eine sorgfältige Prüfung des Sachverhaltes angezeigt.

Zu diesem Zweck habe ich bereits eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die sowohl eine Stoffsammlung zu den verfassungsfeindlichen Aktivitäten der NPD im Lande erstellen als auch die künftig zu beachtenden formalen Voraussetzungen prüfen wird.

Auf der Basis dieses Arbeitsergebnisses wird dann über weitere Schritte zu entscheiden sein.

Lassen Sie mich bitte beschließen mit einem für heute angepassten Zitat von Simon Wiesenthal:

„Wir haben nicht das Recht, uns ein zweites Mal zu irren und für harmlos zu halten, was in einer Katastrophe münden kann.“

Sehr verehrte Damen und Herren,
ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.